Berichtsvorlage
WiF/012/2024

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit	25.09.2024	öffentlich	Bericht

Betreff:
Leerstand: Umnutzung von Gebäuden und Flächen
hier: Antrag BÜNDNIS 90/Die Grünen vom 21.11.2023

Anlagen:
Antrag BÜNDNIS 90/Die Grünen vom 21.11.2023
Sachverhaltsdarstellung

Bericht:

Das Ansehen Nürnbergs als Wohn-, Wirtschafts- und Industriestandort ist ausgezeichnet. Dies zeigt sich zum einen anhand der weiterhin hohen Nachfrage sowohl nach Gewerbeflächen für das klassische Gewerbe, für Handwerksbetriebe und für Industriebetriebe, als auch nach modernen Büroflächen. Zum anderen steigt stetig der Bedarf an Wohnraum. Um die Attraktivität Nürnbergs langfristig sichern zu können, sind ausreichend Flächen notwendig - für Wohnen und für Gewerbe.

Durch Umnutzung ehemals gewerblich genutzer Fächen können Wohnraum und Quartiere mit hoher Aufenthaltsqualität geschaffen werden, die Wohnen und Arbeiten auf engem Raum zusammenführen. Klassisches Gewerbe kann - anders als Büro - hier jedoch nicht angesiedelt werden. Daher verschärft jede Umwandlung von Gewerbeflächen die angespannte gewerbliche Flächensituation erheblich und wirkt sich nachteilig auf die Attraktivität Nürnbergs als Standort für Unternehmen aus.

Die Vorlage gibt einen Abriss über die verschiedenen Herausforderungen bei der Gewerbeflächenentwicklung in Nürnberg sowie über die Potenziale und Risiken von Umnutzungen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Es werden keine Personengruppen aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Alter, Religion oder anderer personenbezogener Merkmale bevorzugt oder benachteiligt.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **Ref. VI**

☐

☐